



Zwei Verbots-Initiativen gegen Pflanzenschutzmittel

Verbotsvorstösse / Der Pflanzenschutz kommt noch stärker unter Beschuss. Am 22. März wird zusätzlich zur Verbots-Initiative ein zweites Volksbegehren lanciert.

BERN Der Titel der nächsten Landwirtschaftsinitiative redet nicht lange um den heissen Brei: «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz». Konkret: Wer synthetische Pflanzenschutzmittel (PSM) oder antimikrobielle Leistungsförderer einsetzt, soll keine Direktzahlungen mehr erhalten.

Schon bei Mühleberg aktiv

Dahinter steht der «Verein sauberes Wasser für alle». Auf Anfrage wollte die Verantwortliche Franziska Herren keine Auskunft geben. Informiert werde erst anlässlich der Lancierung am nächsten Mittwoch, am Weltwassertag, sagte sie.

Herren ist zumindest im Kanton Bern keine Unbekannte. Ihre Referendumsfähigkeit hat sie hier bereits unter Beweis gestellt. 2012 hat sie nach Fukushima mit Mitstreitern die Initiative «Mühleberg vom Netz» lanciert. Sie verlangte eine sofortige Stilllegung des dienstältesten Schweizer AKW. Die Initiative ging 2014 zwar mit Zweidrittels-Mehrheit bachab, doch sie trug mit zum Entscheid bei, dass Mühleberg nun schon 2019 abgestellt wird.

Wenn Herren jetzt also mit ihrem Verein zum Angriff auf die konventionelle Landwirtschaft bläst, sollte man dies nicht unbedingt auf die leichte Schulter nehmen. Das Vorhaben ist kein Blitzentscheid. Wie man einschlägigen Webseiten entnehmen kann, sollte die Initiative ursprünglich schon 2015 lanciert werden, doch offenbar hielt man die Zeit damals noch nicht für reif. Schon zuvor hatte der Verein 2014 eine Petition lanciert, deren Text vermutlich auch Aufschluss über die noch un-

bekanntesten Details der Initiative erlaubt. «Unsere Subventionsgelder, 3,5 Milliarden Franken pro Jahr, werden ausschliesslich in die ökologische Landwirtschaft investiert, z. B. nach den Richtlinien von Bio Suisse und Demeter», lautete darin die Hauptforderung.

Welsche Schocktherapie

Mit seiner Initiative ist der Verein nicht alleine. Schon im November hat ein im Waadtland ansässiger Verein namens «Future 3.0» die Unterschriftensammlung «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» aufgenommen. Die Initiative will nicht nur den Einsatz synthetischer PSM verbieten, sondern auch die Einfuhr von Produkten, die mit solchen hergestellt sind. Diese Schocktherapie soll nach einer allfälligen Zustimmung

durch das Stimmvolk innert zehn Jahren umgesetzt werden, wie es in den Ausführungsbestimmungen heisst.

Das bunt zusammengewürfelte Komitee betrachtet das Pestizidverbot als Profilierungsmöglichkeit für die gebeutelte Landwirtschaft, wie einer seiner Vertreter, der Neuenburger Winzer Jean-Denis Perrochet im Gespräch mit der BauernZeitung erläutert (siehe Interview).

SBV: «Hochriskante Idee»

Beim Schweizer Bauernverband (SBV) betrachtet man die Ideen der Initianten als hochriskant: «Das ist zwar ein interessanter und verträglicher Gedanke, aber das Ganze ist viel zu einfach gestrickt», sagt David Brugger, Zuständiger des SBV für Pflanzenschutz.

SwissGap sucht das Gespräch

Der Detailhandel ist bei Pflanzenschutzmitteln teilweise rigorosere als der Bund. Coop und Migros etwa verbieten einzelne Wirkstoffe, die vom Bund zugelassen wären (die BauernZeitung berichtete). Dass immer mehr Pflanzenschutzmittel wegfallen, sei es durch das Bundesprogramm «Gezielte Überprüfung» oder auch durch solche individuellen Anforderungen des Detailhandels, macht etwa den Gemüseproduzenten Sorgen.

Die allermeisten davon arbeiten heute nach dem SwissGap-Standard. Der gleichnamige Verein sucht nun das Gespräch mit dem Detailhandel. «Wir haben kürzlich allen namhaften Detailhandelsfirmen ein Schreiben geschickt, in dem wir sie bitten, wenn möglich keine eigenen

Auflagen zu erlassen, die über das Schweizer Lebensmittel- oder Zulassungsrecht hinausgehen», sagt Präsident Marc Wermelinger. Stattdessen möchte man das Thema in der SwissGap-Arbeitsgruppe Rückstandsmonitoring diskutieren, um «Wildwuchs» an weitergehenden Anforderungen zu vermeiden.

Das bisherige Feedback fällt laut Wermelinger positiv aus: «Ich bin zuversichtlich. Es ist aber auch klar, wir können keiner Detailhandelsfirma eigene schärfere Auflagen verbieten.» SwissGAP verschliesse sich nicht gegen Forderungen, die über das Gesetzliche hinausgehen. «Aber diese sollten möglichst von der gesamten Wertschöpfungskette umgesetzt werden können.» jw

Er sieht eine ganze Reihe von negativen Auswirkungen im Falle eines Pestizidverbots:

- «Die Erträge würden um 20 bis 40% sinken und damit würde die gesamte Schweizer Ernährungswirtschaft massiv an Marktanteilen verlieren.»
- «Ganze Sektoren wie etwa die Produktion von Schweizer Zucker wären gefährdet.»
- «Es muss von einem klaren Anstieg der Konsumentenpreise ausgegangen werden.»
- «Dadurch würde der Einkaufstourismus stark ansteigen.»
- «Die Ernährungssicherheit wäre in Frage gestellt, weil unklar ist, ob die grosse Menge an pestizidfreien Importen überhaupt erhältlich wäre.»

Brugger ist deshalb der Meinung, dass eine generelle Reduktion der

auch nicht-synthetischen PSM nur in kleinen Schritten erfolgen kann. Die Risikoreduktion werde bereits in Angriff genommen. Dafür sei der Nationale Aktionsplan PSM das richtige Instrument.

Dass beide Initiativen stark mit PSM-Rückständen im Wasser argumentieren, ist kein Zufall. Nicht nur die Komitees, sondern auch die grossen NGO und die Wasserwerke benutzen die gefundenen Rückstände im Oberflächen- und Grundwasser als Keule im Kampf gegen den PSM-Einsatz. Die aggressive Kampagne von Pro Natura

Der Druck auf die PSM wird von einer breiten Koalition aus Bürgerinitiativen, NGO und Wasserwerken ausgeübt.

(Bild Archiv)

«Die Erträge würden um 20 bis 40% sinken.»

David Brugger, PSM-Spezialist beim SBV

von letztem Sommer sitzt der Landwirtschaft noch in den Knochen. Dass nun kleine Komitees die Initiativ-Arbeit übernehmen, ist Wasser auf ihre Mühlen. Unterstützung erhalten die Initianten mindestens indirekt auch vom Schweizerischen Verein des Gas- und Wasserfachs (SVGW). Dieser einflussreiche Zusammenschluss privater

und öffentlicher Wasserversorger, deren Einsatz auch beim Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) bleibenden Eindruck hinterlassen hat: «Der SVGW hat sich extrem hart eingesetzt für eine Reduktion des PSM-Einsatzes», sagt Eva Reinhard, stv. Direktorin des BLW. Dabei wisse der Verein auch die Bevölkerung im Rücken, deren Toleranz für Rückstände im Wasser stark abgenommen habe.

Problem Verkaufsberatung
Markus Biner, Wasserspezialist beim SVGW, macht auf Anfrage keinen Hehl aus den Wünschen seines Verbands. «Vor allem im Bereich von Grundwasserfassungen plädieren wir für einen stark reduzierten Einsatz, am liebsten hätten wir dort nur Bioproduktion», sagt er. Der gelernte Landwirt sieht dabei allerdings nicht nur die Landwirtschaft in der Pflicht. Er sieht Probleme auch bei der Beratung durch die Unternehmen, die heute zu stark verkaufsbetont sei. Im Bereich der Grundwasserfassungen sei zudem die gesellschaftliche Aktivität von Gewerbe, Industrie und Bevölkerungsdichte auch unabhängig von der Landwirtschaft so wieso extrem hoch. Adrian Krebs

Aktionsplan nimmt Form an

Seit dem vergangenen Juli ist der Nationale Aktionsplan (NAP) Pflanzenschutzmittel mit seinen rund 50 Massnahmen «zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung» in der Vernehmlassungs- und Feinschliffmühle. Im Bundesamt für Landwirtschaft hält man sich bedeckt, was die Details angeht. Die stv. Direktorin Eva Reinhard will auf Anfrage noch nicht preisgeben, inwiefern der NAP durch Vernehmlassung mit 180 längeren schriftlichen Stellungnahmen, über 1000 E-Mail-Rückmeldungen von Privaten und die laufenden Ämterkonsultationen noch beeinflusst wird. Sie stellt die definitive Version des NAP für Spätsommer in Aussicht. Ihr ist es wichtig zu betonen, dass es sich beim NAP nicht um ein

abgeschlossenes Massnahmenpaket handelt, das nach Abschluss umgesetzt wird. Es gehe vielmehr um einen offenen Prozess. Einige Massnahmen wie die kantonalen Ressourcenprojekte in Baselland und Bern seien bereits in Umsetzung. Ein anderes im Thurgau beginnt 2018, wobei die Beteiligung des Kantons noch nicht definitiv sei. Dabei gebe es Synergieeffekte, die im NAP auch Aufnahme fänden. Daneben gehe es auch darum herauszufinden, wie viel man herausholen könnte, wenn geltendes Gesetz konsequent umgesetzt würde. Denn für zusätzliche Projekte ist das Geld knapp: «Die Kantone haben klar signalisiert, dass für Neues keine Mittel zur Verfügung stehen», berichtet sie. akr